

Krieg in der Ukraine

Debatte zur Schweizer Sanktionspolitik gefordert

Vollzug der EU-Sanktionen Parlamentarier pochen auf eine Durchleuchtung der Neutralitätsbegriffs.

Die Neutralitätspolitik der Schweiz stand selten so stark im internationalen Fokus: Zuerst gab es viel Schelte für den Bundesrat. Am Wochenende kam etwa «Bild am Sonntag» zum Schluss, dass die Schweiz unter dem Vorwand der Neutralität schon immer gern Geschäfte mit «Despoten, Diktatoren und Oligarchen» gemacht habe.

Nach der Ankündigung von Bundespräsident Ignazio Cassis, dass die Schweiz sich den EU-Sanktionen gegen Russland anschliessen werde, war etwa für die «New York Times» klar, dass das Land damit die «tief verwurzelte Tradition der Neutralität aufgegeben» habe.

Viele Schweizer Aussenpolitiker sind alarmiert. Die Kommentare zeigten klar, dass die Schweiz nicht mehr als neutral wahrgenommen werde, sagt etwa der Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, Franz Grüter (SVP). Noch deutlicher wird sein Parteikollege Nationalrat Roger Köppel: Der Bundesrat sei eingeknickt und habe einen Neutralitätsbruch begangen.

Parteilpolitische Motivation

Auch bei der Mitte ist man besorgt. «Beim gerechtfertigten Nachvollzug der EU-Sanktionen durch den Bundesrat handelt es sich um eine grosszügige Auslegung des Neutralitätsbegriffs», sagt Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Jetzt müsse man eine Neutralitätsdebatte führen, nicht nur im Hinblick auf die aktuelle Krise.

Dieser Vorschlag stösst auf breite Zustimmung. So twitterte die Aussenpolitische Kommission des Ständerats, man habe

einen Bundesratsbericht über Neutralitätspolitik für die nächste Kommissionssitzung andiskutiert. Indes ist die Motivation für einen solchen Bericht oder eine vertiefte Diskussion je nach Parteizugehörigkeit höchst unterschiedlich.

Es sei unzweifelhaft, so SP-Nationalrat Eric Nussbaumer, dass die Neutralitätspolitik un-

ter der Ägide von Aussenminister Ignazio Cassis und dem Druck der SVP vor allem negative wirtschaftliche Konsequenzen im Fokus gehabt habe. Hier brauche es eine Kurskorrektur.

Für Grüter von der SVP ist klar, dass es nicht so weit kommen dürfe, dass der Bundesrat solche Sanktionen automatisch übernehme. Er müsse auch künf-

tig selber entscheiden, welche er mittragen wolle und welche nicht. Schneider-Schneiter ihrerseits möchte die Neutralitätsdebatte in einen breiteren Kontext stellen und dabei auch die Einbindung der Schweiz in die verschiedenen Staatengemeinschaften berücksichtigen.

Das Neutralitätsrecht sei klar definiert und habe sich bewährt,

betont dagegen FDP-Ständerat Damian Müller. Im Embargogesetz würden die Grundsätze der Teilnahme der Schweiz an internationalen Sanktionen definiert. Dieses besage, dass die Schweiz Sanktionen der wichtigsten Handelspartner übernehmen könne, wenn sie der Einhaltung des Völkerrechts diene. «Im aktuellen Konflikt ist Russland der Rechts-

brecher. Deshalb ist der Entscheid des Bundesrates richtig.»

Für Sacha Zala, Historiker und Direktor der Forschungsstelle Dodis, kommt die Einschätzung ausländischer Kommentatoren nicht von ungefähr: «Die Schweiz konnte aus der Neutralität immer wieder geschickt politisch und wirtschaftlich Kapital schlagen. Deshalb überschätzen viele Kommentatoren den jetzigen Entscheid als Kehrtwende.»

Neutralität ist sehr beliebt

Die derzeit in der Schweiz laufende Diskussion bezeichnet Zala aber als Scheindebatte: «Dieser Diskurs über eine Neuausrichtung der Neutralität ist verlogen, da die Schweiz sie immer so gestaltet hat, um ihre durchaus legitimen Interessen möglichst gut zu bewahren.» Die Neutralität sei mehr innenpolitisches Identifikationsmerkmal und Rechtfertigungsgrund als aussenpolitisches Gebot.

«Ehrlicherweise müsste die Schweizer Politik eine Debatte darüber führen, wie sie ihre Aussenpolitik gestalten will», sagt Zala, und das habe wenig mit dem völkerrechtlichen Konzept der Neutralität zu tun. Im 20. Jahrhundert sei man damit gut gefahren, aber theoretisch könnte man auch zum Schluss kommen, dass sie ausgedient habe.

Beim Schweizer Volk käme das schlecht an: Die Neutralität erhält in den jährlichen Sicherheitsstudien der ETH jeweils eine Unterstützung weit über 90 Prozent. Allerdings nimmt der Anteil der Menschen leicht zu, welcher der De-facto-Aufgabe der Neutralität zustimmt.

Gregor Poletti